

# Für eine professionelle Soziale Arbeit und eine zukunftsfähige und lebenswerte Stadt Dresden!

Stellungnahme der Evangelischen Hochschule Dresden und der Fakultät Erziehungswissenschaft der Technischen Universität Dresden zu den drohenden kommunalen Kürzungen im Bereich Jugend, Soziales und Kultur

Durch die veröffentlichten Streichlisten in der Presse ist das Ausmaß der drohenden Kürzungen im Bereich Jugend, Soziales und Kultur zum Gegenstand der fachpolitischen Diskussion an der Evangelischen Hochschule Dresden und der Fakultät Erziehungswissenschaft der Technischen Universität Dresden geworden. Besonders der Dresdner Jugendhilfe droht ein Kahlschlag, der die Schließung zahlreicher etablierter Einrichtungen und weitreichende Einschränkungen vieler weiterer Angebote für Kinder, Jugendliche und Familien nach sich zieht. Eine Kürzung von 30% im Vergleich zum Haushalt 2023/24 hat gravierende Folgen für die Infrastruktur der Stadt Dresden. Dies umfasst das Personal und die Ausstattung der Schulsozialarbeit, der offenen und mobilen Jugendarbeit, der außerschulischen Jugendbildung und Jugendverbandsarbeit ebenso wie Fachstellen geschlechterreflektierender Arbeit und Dachorganisationen. Betroffen sind mithin breite Bereiche der pädagogischen Arbeit mit Kindern und ihren Familien. Gekürzt wird weiterhin bei Angeboten im Bereich der Migrationssozialarbeit, im Frauen- und Gewaltschutz sowie in der Senior:innenberatung. Dazu kommen schließlich Einsparungen im Bereich Kultur, was auch die erst neu aufgebauten Kultur- und Nachbarschaftszentren betrifft.

Kürzungen im Bereich der sozialen Infrastruktur für Kinder und Jugendliche sind Kürzungen auf Kosten der heranwachsenden Generationen. Als solche belasten sie diese in ihren Möglichkeiten eigene Zukunftsentwürfe zu entwickeln, sie nehmen Gelegenheiten zur sozialen und politischen Teilhabe und schränken Gestaltungsräume ein. Dies ignoriert nach den Einschränkungen in der Corona-Pandemie und deren Folgen für junge Menschen erneut deren Interessen und Bedarfe. Zudem stellen die Angebote der Kinder- und Jugendarbeit angesichts zunehmender antidemokratischer Strömungen unverzichtbare Orte der Begegnung, des Austauschs und der Demokratiebildung dar. Besonders die Schulsozialarbeit ist eine sozialpädagogische Profession, die bei entsprechender Ausstattung nahezu alle jungen Menschen erreichen kann.

Die Kürzungen betreffen insbesondere präventive und niederschwellige (Bildungs-)Angebote, die Hilfebedarfe bei Kindern, Jugendlichen und ihren Familien früh aufgreifen, Armutfolgen ausgleichen und damit intensiven und weitaus kostenträchtigeren Einzelfallhilfen vorbeugen können. Ein Abbau dieser Angebote der meist freien Träger würde insofern auch eine Verlagerung mehrdimensionaler Folgekosten auf den öffentlichen Sektor nach sich ziehen.

Auch im Bereich der Migrationssozialarbeit, der Altenhilfe und im Gesundheitsbereich stehen insbesondere niederschwellige Beratungs-, Begegnungs- und Bildungsangebote vor dem Aus. Damit fallen nicht nur konkrete Angebote weg, sondern auch jahrelang aufgebaute

sozialräumliche Kooperationen und Netzwerke mit den Zielgruppen. Da die Angebote auch ehrenamtliches Engagement unterstützen, gehen mit den Kürzungen weitere zivilgesellschaftliche Ressourcen verloren. Insgesamt stehen diese Kürzungen im Kontrast zu den wachsenden Herausforderungen durch den demographischen Wandel und zunehmende soziale Spaltungen.

Mit einem weiter reduzierten Personalschlüssel ist eine professionelle und kontinuierliche Arbeit mit den genannten Zielgruppen nicht möglich. Fachliche Standards und eine qualitativ hochwertige Soziale Arbeit sowie eine ebensolche pädagogische Arbeit mit Kinder und ihren Familien kann unter diesen Bedingungen nicht aufrechterhalten werden. Auch eine notwendige professionelle Begleitung angehender Fachkräfte (z.B. im Rahmen der studienbegleitenden Praxisphasen) ist dann nicht mehr zu leisten. Die aufgrund des Fachkräftemangels und hoher Arbeitsbelastungen bereits stattfindende Fluktuation von Fachpersonal wird durch die mangelnde Ausstattung verschärft und führt zu weiteren De-Professionalisierungstendenzen im Feld.

Der Landeshauptstadt kommt als Garant der sozialen Daseinsvorsorge und für eine attraktive Stadt eine bedeutende Stellung zu. Die im Raum stehenden Kürzungen mögen den Haushalt der Stadt Dresden in den kommenden Monaten entlasten, stellen jedoch keine Form nachhaltigen Wirtschaftens dar. Der Wegfall bestehender und gut vernetzter Angebote, erfahrener Fachkräfte sowie sinkende Qualität aufgrund fehlender Ressourcen machen absehbar einen Wiederaufbau sozialer Infrastruktur erforderlich, der deutlich höhere Investitionen gegenüber dem Erhalt bestehender Angebote nach sich ziehen wird. Zudem zeigen aktuelle Studien, dass die Einschränkungen öffentlicher Leistungen durch Sparprogramme mit einem Erstarken populistischer Parteien, insbesondere der Parteien aus dem rechten Lager einhergeht.

Wir fordern den Stadtrat auf, bei den anstehenden Verhandlungen Verantwortung für soziale und kulturelle Teilhabe sowie soziale Gerechtigkeit zu übernehmen. Eine zukunftsfähige und lebenswerte Landeshauptstadt Dresden braucht eine professionelle pädagogische und Soziale Arbeit und eine bedarfsgerechte Infrastruktur. Verantwortung in diesem Sinne zu übernehmen heißt, bei aller Unabweisbarkeit notwendiger haushaltspolitischer Einschnitte die damit verbundenen Entscheidungen mit Augenmaß zu treffen, diese nicht nur auf ihr Einsparpotenzial, sondern auch auf ihre Auswirkungen auf das Leben und die Entwicklungschancen von Kindern, Jugendlichen und ihren Familien hin zu prüfen. Und es bedeutet, die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Folgekosten gegenwärtiger Einsparungsbemühungen mit in Rechnung zu stellen.

Angesichts der Haushaltslage der Landeshauptstadt Dresden werden Kürzungen bei den öffentlichen Ausgaben, auch im sozialen Bereich, nicht zu vermeiden sein. Diese dürfen jedoch in ihrem Umfang und ihrer Struktur nicht dazu führen, dass funktionierende Netzwerke, nachgefragte Angebote und lebensweltnahe, niederschwellige und damit in der Gesamtbetrachtung kostengünstige Maßnahmen aus der sozialen Infrastruktur der Landeshauptstadt nahezu gänzlich verschwinden oder kaum noch handlungsfähig sind. Insofern braucht es Kompromisse, d.h. verantwortungsvolle Entscheidungen im Interesse einer auch in sozialen Belangen zukunftsfähigen und lebenswerten Landeshauptstadt Dresden.